

- (A) Erstens: Was plant der Senat zum Europäischen Jahr des aktiven Alterns 2012?  
Zweitens: Wie ist die Bremer Seniorenvertretung in diese Planungen eingebunden?
- Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.
- Senatorin Stahmann:** Herr Präsident, vorab: Das Gelächter war die reine Vorfreude! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:
- Zu Frage 1: Das Europäische Jahr des aktiven Alterns 2012 wird in die Programme und Veranstaltungen der offenen Altenhilfe einbezogen. Dazu gehören die Programme der Begegnungsstätten, die Veranstaltung „Älter werden in Bremen“ im Rathaus sowie das Bühnenprogramm der Messe „Seniors“. Der Senat hat unter Trägern und Akteuren dafür geworben, die EU-Förderung zu beantragen, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für Deutschland koordiniert. Der Senat hat dort auch selbst einen Antrag gestellt für Veranstaltungen im Rahmen des Modellversuchs „Aufsuchende Altenarbeit/Hausbesuche“.
- Die Aufgabe, das aktive Altern zu fördern, kann sich aber nicht auf ein Themenjahr beschränken. So hat der Senat bereits im Jahr 2007 den Altenplan entwickelt. Wichtigstes Ziel der Altenpolitik ist es damit, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ältere Menschen sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen können. Im Altenplan heißt es unter anderem: „In der Altenpolitik und Altenarbeit geht es auch darum, Potenziale älterer Menschen zu stärken und Anreize für nachberufliche Tätigkeiten zu geben. Die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und ehrenamtlichen Tätigkeiten ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle im Altenplan behandelten Aufgabenbereiche zieht.“
- Zu Frage 2: Die Bremer Seniorenvertretung hat die Möglichkeit, sich an Veranstaltungen zu beteiligen, eigene Veranstaltungen durchzuführen und die Fördermöglichkeiten zu nutzen. – Soweit die Antwort des Senats!
- Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Das Wort Europa kam jetzt in Ihrer Antwort nicht vor, Frau Senatorin. Können Sie sich vorstellen, dass in dem Jahr auch etwas dafür getan wird, die europäische Diskussion über diese Frage in Bremen sichtbar werden zu lassen?
- Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!
- Senatorin Stahmann:** Da alle alten Menschen in Bremen auch Europäer und Europäerinnen sind, finde ich, ist es eine Querschnittsaufgabe und gehört selbstverständlich auch zu der Themenpalette dazu. Die Anregung greife ich aber gern auch noch einmal auf.
- (C) **Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.
- Die siebte Anfrage bezieht sich auf **Energie in Bürgerhand**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Schierenbeck, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Bitte, Frau Dr. Schierenbeck!
- Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:
- Erstens: Wie unterstützt der Senat Bürgerinnen und Bürger bei der Errichtung von gemeinschaftlich betriebenen Anlagen zur Energieerzeugung, wie zum Beispiel Solaranlagen oder Windparks, die von Genossenschaften oder anderen Teilnehmungsmodellen in Bürgerhand betrieben werden?
- Zweitens: Welche Hemmnisse müssen und können aus Sicht des Senats abgebaut werden, damit mehr solcher Anlagen entstehen?
- Drittens: Welche Gebühren werden für Anfragen bei Immobilien Bremen erhoben, wenn Initiativen Solaranlagen auf öffentlichen Dächern errichten möchten?
- (D) **Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.
- Senator Dr. Lohse:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:
- Zu Frage 1: Der Senat unterstützt den Ausbau der erneuerbaren Energien in vielfältiger Weise. Diese Angebote können selbstverständlich auch für Projekte in Anspruch genommen werden, die von Genossenschaften oder im Rahmen von Bürgerbeteiligungsmodellen entwickelt werden. Hinzuweisen ist insbesondere auf die Bremer Solarberatung, die im Auftrag des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und der Bremer Klimaschutzagentur Energie-Konsens GmbH vom BUND und vom Kundencenter der swb durchgeführt wird. In diesem Rahmen können auch Gutachten für größere Solaranlagen erstellt werden, die eine Objektbesichtigung, eine grobe Anlagendimensionierung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie Hinweise auf noch zu klärende Fragen umfassen.
- Zu Frage 2: Besondere Hemmnisse, die der Realisierung von Energieanlagen in Bürgerhand entgegenstehen, sind aus Sicht des Senats nicht erkennbar.
- Zu Frage 3: Für die Beantwortung von Anfragen nach geeigneten Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden werden von Immobilien Bremen, AöR, IB,

(A) keine Gebühren erhoben. Vielmehr werden vorausgewählte Dachflächen im Internet über die Solardachbörse NordWest aktiv beworben. Die erforderlichen Erstinformationen werden von Immobilien Bremen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Erst nach Abschluss eines Dachnutzungsvertrags werden dem Vertragspartner im Zuge einer konkreten Anlagenplanung für die Prüfung der dazu eingereichten Unterlagen die entstehenden Kosten von Immobilien Bremen in Rechnung gestellt. Die Prüfungen werden aus Gründen der Betriebssicherheit, zum Beispiel Statik, baufachliche Unbedenklichkeit, vorgenommen. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Wäre es denkbar, im Rahmen von Zielvereinbarungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Immobilien Bremen für diese eine noch höhere Motivation zu schaffen, um solche Projekte zu befördern, statt sie auszubremsen?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Dr. Lohse:** Die Frage müsste ich mit Frau Bürgermeisterin Linnert erörtern. Ich selbst treffe mit der Leitung von Immobilien Bremen und den Mitarbeitern keine Zielvereinbarung, weil Immobilien Bremen dem Finanzressort zugeordnet ist. Wir können der Frage aber einmal nachgehen.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Bilanz der Bremedia**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Senkal, Frau Grotheer, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Abgeordneter Senkal!

Abg. **Senkal** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Arbeit der Bremedia Produktion im Hinblick auf die bei der Gründung angestrebten Ziele?

Zweitens: Wie hoch ist der Anteil der Bremedia-Produktionen, die am Standort Bremen realisiert werden?

Drittens: Wie bewertet der Senat die vertraglichen Regelungen der Bremedia mit der Bavaria Film GmbH, insbesondere im Hinblick auf die zu leistenden Umlagen?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Joachim.

**Staatsrat Dr. Joachim:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

(C) Zu Frage 1: Mit der Gründung der Bremedia Produktion GmbH wurden unter anderem die Ziele Sicherung der Kompetenz und der Medienarbeitsplätze in Bremen sowie die Erwirtschaftung von Deckungsbeiträgen zur Unternehmensfinanzierung durch ein Drittgeschäft außerhalb von Radio Bremen verfolgt. Nach Ansicht des Senats sind die Ziele fünf Jahre nach der Gründung der Bremedia weitgehend erreicht worden. Mit der Bremedia ist ein Medienunternehmen entstanden, das sich als Partner für Radio Bremen und andere Filmschaffende etabliert hat und den Medienstandort Bremen erheblich aufwertet.

Auch wenn der von Radio Bremen erwartete Deckungsbeitrag aus dem Drittgeschäft der Bremedia noch nicht in voller Höhe realisiert werden konnte, ist der ursprünglich avisierte Umsatz bei szenischen Produktionen in Höhe von circa fünf Millionen Euro erreicht worden.

Zu Frage 2: Nach Angabe von Radio Bremen erwirtschaftet die Bremedia rund 85 Prozent ihres Umsatzes unmittelbar im Land Bremen.

Zu Frage 3: Die Geschäftsbeziehungen zwischen der Bremedia Produktion GmbH und der Bavaria Film GmbH beruhen auf privatrechtlichen Verträgen, zu denen dem Senat keine detaillierten Informationen vorliegen. Im Hinblick auf die Umlagen und sonstigen Finanzleistungen, die die Bremedia an die Bavaria leistet, hat Radio Bremen mitgeteilt, dass diese künftig um circa 50 Prozent reduziert werden. – Soweit die Antwort des Senats!

(D) **Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Senkal** (SPD): Ist dem Senat bekannt, dass zum Beispiel beim Bremer „Tatort“ das Einzige, was an diesem „Tatort“ bremisch ist, lediglich die Tatsache ist, dass dieser in Bremen gedreht wird und die Produktion und die Postproduktion an Hamburger Firmen geht? Wie bewertet der Senat dies im Hinblick auf die Stärkung und regionale Effekte bei der Ausgliederung der angestrebten Ziele?

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Joachim:** Uns ist bekannt, dass es in den ersten Jahren zu verstärkten Aktivitäten oder auch Beziehungen in Richtung Hamburg insbesondere gekommen ist. Durch einen Wechsel in der Geschäftsführung ist hier seit einiger Zeit eine deutlich stärkere Fokussierung auf Bremen erreicht worden.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Senkal** (SPD): Sie sprachen in der Antwort zu Frage 2 an, dass 85 Prozent in Bremen realisiert werden. Ich komme wieder auf die Frage zurück: Ist dem